

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Wir freuen uns, Sie über das *Neutrale Freie Österreich* zu informieren.

- Sie kennen uns schon, weil Sie eine Unterstützungserklärung für die Nationalratswahl 2006 abgegeben oder bei unseren Informationsständen eine Unterschrift geleistet haben? Dafür danken wir herzlich. Mit diesem Schreiben wollen wir uns in Erinnerung rufen und Sie einladen, uns zu unterstützen.
- Sie kennen uns noch nicht? Dann möchten wir uns erlauben, unsere Ziele und Aktivitäten näher vorzustellen. Wir freuen uns über näheres Interesse.

Die Partei *Neutrales Freies Österreich* (NFÖ) ist ein Bündnis politischer Gruppierungen, Bürgerinitiativen, nicht im Parlament vertretener Kleinparteien und Einzelpersonen. Die Bündnispartner wollen dem Willen der österreichischen Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe der direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild auf allen Ebenen mehr Gehör verschaffen und damit die Politiker an den Volkswillen binden. **Direkte Demokratie** soll die repräsentative Demokratie nicht ersetzen sondern ergänzen (www.direktedemokratie.at). **Der Wille des Bürgers ist die höchste Instanz!**

Es gibt auch keinen Grund und kein Recht von der **Neutralität Österreichs** abzuweichen. Weder hat sich der Wille der Bürger frei und neutral zu sein, noch hat sich die völkerrechtliche Verpflichtung Österreichs, die es 1955 eingegangen ist, geändert. Österreich bleibt neutral, weil seine Bürger dieses wollen, es dazu nach wie vor völkerrechtlich verpflichtet ist und die immerwährende bewaffnete Neutralität die begründete Hoffnung der Menschen auf Frieden und gegenseitige Achtung ist.

Die in Österreich bereits 2005 von der Regierung ratifizierte **EU-Verfassung** soll ab 2009 gültig sein. Sie **bedeutet eine fundamentale Änderung der derzeit gültigen österreichischen Verfassung** und macht Österreich zu einem Gliedstaat im EU-Unionsstaat. Die Union kann dann all ihre Ziele durchsetzen ohne dass das Österreichische Volk und deren Vertretungsorgane noch einmal gefragt werden müssen. Rechtlich korrekt könnte nur eine neue österreichische Verfassung, die aber zwingend eine Volksabstimmung verlangt, einen solchen Schritt weg von der Souveränität vollziehen.¹

Im Regierungsprogramm der neuen Koalitionsregierung verpflichtet sich diese zur konsequenten Weiterentwicklung der Beziehungen Österreichs zur „Nato Partnerschaft für den Frieden“ (PfP). Ein Volk wie Österreich wird nicht seine Souveränität und Freiheit aufgeben, um sich den Interessen einer sich klar als Angriffsbündnis deklarierten NATO / EU oder ähnliches zu unterwerfen.²

Aufklärungsarbeit und Widerstand in jeder demokratischen Form ist unbedingt nötig!

Auf der Rückseite finden Sie eine kurze Auflistung unserer **Hauptziele** und eine Einladung zu einer wichtigen **Veranstaltung zum Thema EU-Verfassung**. Wenn Sie mit unseren Ansichten im Wesentlichen übereinstimmen, mehr über unsere Arbeit erfahren und unsere politischen Bemühungen unterstützen wollen, kontaktieren Sie uns bitte.

¹ Bundesverfassung Art.1: Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.
http://www.oer.wiso.uni-erlangen.de/html/prof__schachtschneider.html

² *The Criminality of Nuclear Deterrence. Could the U.S. War on Terrorism go Nuclear?* Francis A. Boyle, Atlanta, GA., 2002, ISBN 0-932863-33-7, *Die deutsche Verantwortung für den Nato-Krieg gegen Jugoslawien:* Hrg. Wolfgang Richter, Elmar Schmähling, Eckart Spoo, 2000.

